

# Inhaltsverzeichnis

## *1. Kapitel*

<b>Einleitung</b>	27
A. Problemstellung und Ziel der Untersuchung	27
B. Gang der Untersuchung	29
C. Finanzielle Einheimischenprivilegierungen als Ordnungsbegriff	30
D. Untersuchungsrelevante Fallgestaltungen von finanziellen Einheimischenprivilegierungen	31
I. Bundesebene	31
1. Ausschluss von staatlichen (Sozial-)Leistungen	32
2. Zulassungsortabhängige Autobahnbenutzungsgebühren	32
II. Landesebene	33
1. Studiengebühren für Nichtlandeskinder und ausländische Studierende	33
2. Freiwillige Landesleistungen	34
III. Kommunalebene	35
1. Einheimischentarife: Einheimischenabschlag und Auswärtigenzuschlag	35
2. Fremdenabgaben	36
3. Einheimischenmodelle	37

## *2. Kapitel*

<b>Die Rechtfertigung von finanziellen Einheimischenprivilegierungen in den USA</b>	38
A. Die USA als vergleichbarer Bundesstaat	39
B. Verfassungsmäßigkeit von finanziellen Einheimischenprivilegierungen in den USA	40
I. Der Gleichheitsschutz der US-Verfassung	40
1. Föderale Gleichheitsgarantien: Privileges and Immunities of Citizenship	40
a) The Fourteenth Amendment Privileges or Immunities Clause	41
b) The Article IV Privileges and Immunities Clause	41
2. Equal Protection – Klausel des 14. Zusatzartikels	44
3. Ergebnis	45

II. Rechtfertigungsanforderungen der Equal Protection Clause .....	45
1. Intensitätsabhängige Rechtfertigungsmaßstäbe .....	45
a) Rational Basis Test .....	46
b) Strict Scrutiny Test .....	46
c) Intermediate Level of Scrutiny .....	47
2. Bestimmung des Prüfungsmaßstabs: rational basis test .....	47
3. Rechtfertigungsgründe für wohnortabhängige Klassifizierung .....	49
a) Keine Beteiligung an der Staatsfinanzierung .....	49
b) Sicherstellung der Einheimischenversorgung und Verhinderung von extern begründeter Überlastung .....	50
4. Rechtfertigungsgründe für die mindestwohnzeitabhängige Klassifizierung ...	50
a) Sicherstellung eines gerechten Lastenausgleichs .....	51
b) Lohnswerte Bildungsinvestition .....	51
c) Unerreichbarkeit des Einheimischenstatus als Klassifizierungsgrenze .....	52
C. Ergebnis .....	53

### *3. Kapitel*

<b>Verfassungsrechtliche Zulässigkeit von finanziellen Einheimischenprivilegierungen</b>	55
A. Schutz der Menschenwürde gem. Art. 1 Abs. 1 GG .....	55
I. Begrenzung der sozialen Grundsicherungsleistungen auf deutsche Staatsangehörige .....	55
II. Ergebnis .....	56
B. Das allgemeine Freizügigkeitsrecht nach Art. 11 Abs. 1 GG .....	56
I. Eingriff in das Freizügigkeitsrecht .....	56
1. Allgemeine Voraussetzungen .....	56
a) Der Schutzbereich der Freizügigkeit .....	57
aa) Schutz der positiven Freizügigkeit .....	57
bb) Schutz der negativen Freizügigkeit .....	57
b) Eingriffe in die Freizügigkeit .....	58
aa) Mittelbare Eingriffe .....	59
bb) Erhöhte Anforderungen an mittelbare Eingriffe durch Abgaben .....	60
2. Kommunalebene .....	60
a) Einheimischentarife .....	60
b) Fremdenabgaben .....	61
c) Einheimischenmodelle .....	61
aa) Kein Grundstücksverkauf an Auswärtige .....	61
bb) Eingriff in die mobilitätsbezogene Gleichheit .....	62

cc) Ergebnis .....	63
3. Landesebene .....	63
a) Wohnsitzabhängige Studiengebühren .....	63
b) (Mindestwohnzeitabhängige) Freiwillige Landesleistungen .....	64
4. Bundesebene .....	65
a) Zulassungsortabhängige Autobahnbenutzungsgebühren .....	65
b) Ergebnis .....	65
II. Ergebnis .....	65
C. Die staatsbürgerliche Gleichheit nach Art. 33 Abs. 1 GG .....	66
I. Einheimischenprivilegierungen als staatsbürgerliche Ungleichbehandlungen ....	66
1. Allgemeine Voraussetzungen .....	66
a) Staatsbürgerliche Rechte und Pflichten .....	66
aa) Wortlaut .....	67
bb) Historie .....	67
cc) Teleologie .....	70
dd) Systematik .....	72
ee) Ergebnis .....	72
b) Grundrechtsverpflichtete .....	72
c) Verbotene Ungleichbehandlungen .....	73
aa) Kein allgemeines Differenzierungsverbot .....	73
bb) Anknüpfung an die formelle Landesstaatsangehörigkeit .....	74
cc) Anknüpfung an materielle Kriterien .....	75
dd) Zwischenergebnis .....	78
2. Bundes- und Kommunalebene .....	78
3. Landesebene .....	78
a) Wohnsitzabhängige Studiengebühren .....	78
b) Freiwillige Landesleistungen .....	79
II. Ergebnis .....	79
D. Der besondere Gleichheitssatz nach Art. 3 Abs. 3 GG .....	80
E. Der allgemeine Gleichheitssatz nach Art. 3 Abs. 1 GG .....	81
I. Vorliegen einer Ungleichbehandlung .....	81
II. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	81
1. Allgemeine Voraussetzungen .....	81
a) Rechtfertigungsrechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts .....	82
b) Festlegung des Rechtfertigungsmaßstabs für finanzielle Einheimischenprivilegierungen .....	83
aa) Anwendung auf die Differenzierungskriterien der finanziellen Einheimischenprivilegierungen .....	84
(1) Wohnsitz als Differenzierungsmerkmal .....	84

(2) Staatsangehörigkeit als Differenzierungsmerkmal . . . . .	86
bb) Konkrete Rechtfertigungsanforderungen . . . . .	86
(1) Legitimer sachlicher Rechtfertigungsgrund . . . . .	87
(2) Orientierung am Grundsatz der Verhältnismäßigkeit . . . . .	87
(a) Geeignetheit . . . . .	88
(b) Erforderlichkeit . . . . .	88
(c) Angemessenheit . . . . .	89
2. Wohnsitzabhängige finanzielle Einheimischenprivilegierungen . . . . .	89
a) Finanzielle Einheimischenprivilegierungen auf Kommunalebene . . . . .	89
aa) Einheimischentarife . . . . .	89
(1) Die Rechtfertigung von Auswärtigenzuschlägen . . . . .	90
(a) Rechtfertigung einer über die Kostendeckung hinausgehenden Gebührenhöhe . . . . .	90
(aa) Bedeutung und Vereinbarkeit mit den gebührenrechtlichen Prinzipien . . . . .	90
α) Kostenüberschreitungsverbot . . . . .	91
β) Äquivalenzprinzip . . . . .	91
γ) Ergebnis . . . . .	92
(bb) Verhältnismäßigkeit der Gebührenhöhe . . . . .	92
α) Legitime Gebührenzwecke . . . . .	92
αα) Gesamtkostendeckung durch eine umverteilende Gebühr . . . . .	92
ββ) Vorteilsausgleich durch eine marktwertorientierte Gebühr . . . . .	94
γγ) Lenkungszwecke . . . . .	95
δδ) Soziale Zwecke . . . . .	95
β) Geeignetheit und Erforderlichkeit . . . . .	96
γ) Angemessenheit . . . . .	96
(cc) Ergebnis . . . . .	98
(b) Rechtfertigung für die Benachteiligung der Auswärtigen . . . . .	98
(aa) Rechtfertigungsgründe für einen Auswärtigenzuschlag . . . . .	98
α) Fehlende Beteiligung an den Gemeinlasten . . . . .	99
β) Ausgleich des Kostenrisikos der Kommune . . . . .	99
γ) Standortwettbewerb: Umzug in die Gemeinde als Len- kungsziel . . . . .	101
δ) Sicherstellung der Einheimischenversorgung . . . . .	103
ε) Veranlassung der Nachbarkommunen zum Abschluss von Kostenbeteiligungsvereinbarungen . . . . .	104
(bb) Verhältnismäßigkeit . . . . .	105
α) Ausgleich des Kostenrisikos der Kommune . . . . .	105
β) Standortwettbewerb . . . . .	106

γ) Begrenzte Verhaltenssteuerung von Auswärtigen . . . . .	107
δ) Veranlassung der Nachbarkommunen zum Abschluss von Kostenbeteiligungsvereinbarungen . . . . .	108
ε) Ergebnis . . . . .	109
(cc) Rechtfertigungsausschließende Ausnahmen . . . . .	109
α) Zugehörigkeit zu Organisations- und Kooperationsfor- men . . . . .	109
αα) Zugehörigkeit zu Gemeindeverbänden . . . . .	110
ββ) Zugehörigkeit zu kommunalen Verwaltungsorgani- sationseinheiten . . . . .	112
γγ) Zweckverband . . . . .	113
δδ) Zweckvereinbarung/öffentlich-rechtliche Vereinba- rung . . . . .	114
εε) (Kreisfreie) Städte im Stadt-Umland-Verband . . . . .	115
β) Sonstige Finanzausweisungen . . . . .	116
αα) Einmalige Investitionshilfen . . . . .	117
ββ) Laufende Zuweisungen . . . . .	117
γγ) Ergebnis . . . . .	117
γ) Kommunaler Finanzausgleich . . . . .	118
αα) Grundsätzliche Solidaritätspflicht . . . . .	118
ββ) Horizontale Zahlungen . . . . .	119
γγ) Bedarfszuweisungen . . . . .	120
δδ) Zusätzliche Zuweisungen für „zentrale Orte“ . . . . .	120
εε) Einwohnerveredelung . . . . .	122
ζζ) Zweckzuweisungen . . . . .	125
δ) Einwirkung grundrechtlicher Rechtspositionen . . . . .	126
αα) Verfassungsrechtlicher Benutzungsanspruch der Auswärtigen . . . . .	126
ββ) Auswirkungen eines verfassungsrechtlichen Benut- zungsanspruchs . . . . .	129
γγ) Ergebnis . . . . .	130
(c) Ergebnis . . . . .	130
(2) Die Rechtfertigung von Einheimischenabschlägen . . . . .	131
(a) (Gebührenrechtliche) Rechtfertigung einer nicht kostendecken- den Gebühr . . . . .	131
(aa) Vereinbarkeit mit dem Kostendeckungsgebot . . . . .	131
(bb) Äquivalenzprinzip . . . . .	132
(cc) Vereinbarkeit mit dem staatlichen Schenkungsverbot . . . . .	133
(b) Rechtfertigungsgründe für die Einwohnerprivilegierung . . . . .	134
(aa) Berücksichtigung der allgemeinen Lastentragung der Ein- wohner . . . . .	134

(bb) Instrument im Standortwettbewerb .....	135
(cc) Sicherstellung einer sozialverträglichen Benutzbarkeit .....	137
(c) Verhältnismäßigkeit .....	137
(aa) Berücksichtigung der allgemeinen Lastentragung .....	137
(bb) Standortwettbewerb .....	138
(d) Ausnahmen bei Finanzierungsverflechtungen .....	139
(e) Ergebnis .....	140
b) Rechtfertigung von Einheimischenmodellen .....	140
(1) Rechtfertigung des vergünstigten Grundstückserwerbs .....	140
(a) Schutz der Einwohner vor Verdrängung .....	140
(b) Erhaltung einer dauerhaft ansässigen Bevölkerung in Ferieng- bieten .....	141
(2) Rechtfertigung einer Mindestwohnzeit als Zusatzkriterium .....	142
(3) Verhältnismäßigkeit .....	143
(a) Geeignetheit .....	143
(b) Erforderlichkeit .....	143
(c) Angemessenheit .....	145
(4) Ergebnis .....	146
cc) Die Rechtfertigung von Kurabgaben .....	146
(1) Besucherspezifische Kur- und Erholungseinrichtungen .....	146
(2) Berücksichtigung der allgemeinen Lastentragung .....	147
(3) Verhältnismäßigkeit .....	148
(4) Ergebnis .....	149
b) Finanzielle Einheimischenprivilegierungen auf Landesebene .....	149
aa) Rechtfertigung von wohnsitzabhängigen Studiengebühren .....	149
(1) Gebührenrechtliche Zulässigkeit .....	149
(2) Rechtfertigungsgründe für die Ungleichbehandlung .....	150
(a) Berücksichtigung der allgemeinen Lastentragung der Einwohner	150
(b) Ausgleich der finanziellen Mehrbelastung .....	151
(aa) Mehrbelastung durch auswärtige Studierende .....	152
(bb) Das Kriterium des hinreichenden Sachzusammenhangs ....	152
(cc) Ergebnis .....	154
(c) Lenkungsmittel im föderalen Standortwettbewerb .....	154
(3) Verhältnismäßigkeit .....	155
(a) Ausgleich der Mehrbelastung .....	156
(b) Lenkungsmittel im Standortwettbewerb .....	157
(4) Ausnahmefähige Einwirkungen auf die Rechtfertigungsgründe ....	158
(a) Einwirkungen von Teilhaberechten .....	158
(aa) Zulassungsbeschränkende Wirkung von wohnsitzabhängigen Studiengebühren .....	159

(bb) Erhöhte Rechtfertigungsanforderungen der „Numerus clausus“-Entscheidung . . . . .	159
α) Länderübergreifendes System . . . . .	160
β) Keine Grundrechtsentwertung bei flächendeckender Einheimischenprivilegierung . . . . .	162
(cc) Berücksichtigung sozialstaatlicher Teilhabeinstrumente . . . . .	163
(dd) Ergebnis . . . . .	164
(b) Ausgleichszahlungen im Länderfinanzausgleich . . . . .	164
(aa) Rechtfertigungsausschließende Solidaritätspflicht durch die Umverteilung im Länderfinanzausgleich . . . . .	165
(bb) Stadtstaatliche Einwohnerveredelung als Mehrbelastungsausgleich . . . . .	166
(cc) Ergebnis . . . . .	168
(c) Solidaritätspflicht durch Bundeszahlungen . . . . .	168
(d) Vereinbarkeit mit dem Bundesstaatsprinzip . . . . .	169
(aa) Spannungsverhältnis zwischen Bundestreue und Wettbewerb	170
(bb) Wohnsitzabhängige Studiengebühren als unlauteres Mittel im Wettbewerbsföderalismus . . . . .	172
(cc) Wettbewerbsbeschränkende Wirkung der konkurrierenden Gesetzgebung . . . . .	173
(dd) Ergebnis . . . . .	174
(5) Möglichkeiten der Verschärfung des Wohnsitzkriteriums . . . . .	174
(a) Rechtfertigungsmöglichkeiten . . . . .	174
(aa) Berücksichtigung familiärer Vorleistungen . . . . .	174
(bb) Kapazitätssicherung zur Einheimischenversorgung . . . . .	175
(cc) Vereinbarkeit mit der „Numerus clausus“-Entscheidung . . . . .	175
(b) Ergebnis . . . . .	176
(6) Ergebnis . . . . .	176
bb) Rechtfertigung eines wohnsitz- und mindestwohnzeitabhängigen Erziehungsgeldes als freiwillige Landesleistung . . . . .	177
(1) Keine rechtliche Ungleichbehandlung durch Wohnortanknüpfung . . . . .	177
(2) Rechtfertigung einer zusätzlichen Vorwohndauer . . . . .	177
(a) Verhinderung von Mitnahmeeffekten und Leistungstourismus . . . . .	177
(b) Gezielte Förderung von dauerhaften Landeseinwohnern . . . . .	179
(3) Ergebnis . . . . .	179
c) Finanzielle Einheimischenprivilegierungen auf Bundesebene . . . . .	179
aa) Rechtfertigung einer zulassungsortabhängigen Autobahnbenutzungsgebühr . . . . .	179
(1) Herstellung eines Lastenausgleichs und einer gerechten Finanzierungsbeteiligung . . . . .	180
(a) (Kein) Unmittelbarer Zusammenhang von Kraftfahrzeugsteuer und Autobahnfinanzierung . . . . .	180

(b) Reformmöglichkeiten zur Rechtfertigung einer zulassungsort- abhängigen Autobahnbenutzungsgebühr . . . . .	182
(2) Gleichheitsrechtliche Verhältnismäßigkeitsprüfung . . . . .	183
bb) Ergebnis . . . . .	186
3. Staatsangehörigkeitsabhängige finanzielle Einheimischenprivilegierungen . . .	186
a) Kommunalebene . . . . .	186
b) Landesebene . . . . .	187
aa) Rechtfertigung von Studiengebühren für ausländische Studierende . . . .	187
(1) Rechtfertigungsgründe für die Ungleichbehandlung . . . . .	187
(a) (Keine) Besondere Verantwortung für deutsche Staatsangehörige	188
(b) Funktionsfähigkeit des Hochschulsystems zur Eigenversorgung	188
(c) Gezielte Förderung von dauerhaft bleibenden Personen . . . . .	189
(aa) Förderung deutscher Studierender zur Sicherstellung des Akademikerbedarfs . . . . .	190
(bb) Anforderungen an eine legislative Prognoseentscheidung zur Bestimmung der Bleibeperspektive . . . . .	192
(cc) Zusätzliche Kriterien neben der Staatsangehörigkeit . . . . .	193
(dd) Ergebnis . . . . .	194
(d) Völkerrechtliches Gegenseitigkeitsprinzip . . . . .	194
(2) Verhältnismäßigkeit der Ungleichbehandlung . . . . .	195
(a) Vermeintlich mildere Alternativmaßnahme: Mindestaufenthalt nach dem Hochschulabschluss . . . . .	196
(b) Gebührenhöhe . . . . .	196
(aa) Gebührenrechtliche Bemessungsprinzipien . . . . .	196
(bb) Angemessenheit von kostendeckenden Studiengebühren . . .	198
(3) Mögliche Einwirkungen auf die Rechtfertigungsgründe . . . . .	198
(a) Teilhaberechte von Studierenden aus dem (EU-)Ausland . . . . .	199
(b) Vereinbarkeit mit dem Sozialstaatsprinzip . . . . .	200
(c) Völkerrechtliche (Gegenseitigkeits-)Abkommen . . . . .	201
(4) Ergebnis . . . . .	202
bb) Rechtfertigung einer Vorenthaltung von Erziehungsgeld als freiwillige Landesleistung . . . . .	203
(1) Gezielte Förderung von Landeskindern . . . . .	203
(2) Haushaltsmittelkonzentration auf deutsche Staatsangehörige . . . . .	204
(3) Völkerrechtliches Gegenseitigkeitsprinzip . . . . .	204
(4) Ergebnis . . . . .	204
c) Bundesebene . . . . .	204
aa) Begrenzung von freiwilligen Staatsleistungen auf deutsche Staatsange- hörige . . . . .	205
(1) Rechtfertigungsgründe für die Leistungsvorenthaltung . . . . .	205
(a) (Keine) Besondere Verantwortung für deutsche Staatsangehörige	205

(b) Gezielte Förderung von dauerhaft bleibenden Personen . . . . .	206
(c) Vermeidung von migrationspolitischen Fehlanreizen . . . . .	207
(d) Völkerrechtliches Gegenseitigkeitsprinzip . . . . .	208
(2) Verhältnismäßigkeit der (zeitlichen) Leistungsvorenthaltung . . . . .	209
(3) Völkerrechtlich begründete Ausnahmen . . . . .	210
(a) Die verfassungsrechtliche Wirkung von völkerrechtlichen Verträgen . . . . .	210
(b) Multilaterale Abkommen . . . . .	212
(aa) UN-Sozialpakt . . . . .	212
(bb) Europäische Menschenrechtskonvention . . . . .	213
(cc) Europäische Sozialcharta und Europäisches Fürsorgeabkommen . . . . .	213
(c) Bilaterale Gegenseitigkeitsabkommen . . . . .	214
bb) Ergebnis . . . . .	214
F. Ergebnis . . . . .	214

*4. Kapitel*

**Unionsrechtliche Zulässigkeit von  
finanziellen Einheimischenprivilegierungen** 216

A. Die Vorgaben des Unionsrechts . . . . .	217
I. Die europäischen Grundfreiheiten . . . . .	217
1. Die Schutzbereiche der Grundfreiheiten . . . . .	218
2. Die Grundfreiheiten als Diskriminierungs- und Beschränkungsverbot . . . . .	219
3. Die Rechtfertigungsdogmatik der Grundfreiheiten . . . . .	220
a) Offene Diskriminierungen . . . . .	221
b) Versteckte Diskriminierungen und Beschränkungen . . . . .	221
aa) Inhaltliche Bestimmung der „zwingenden Erfordernisse des Allgemeininteresses“ . . . . .	222
bb) Ergebnis . . . . .	223
c) Rechtfertigungsschranken . . . . .	223
II. Das allgemeine Diskriminierungsverbot . . . . .	224
III. Das freizügigkeitsrechtliche Inländergleichbehandlungsgebot . . . . .	225
IV. Beihilferecht . . . . .	228
V. Sekundärrechtliche Gleichbehandlungsgebote . . . . .	229
1. Verordnung Nr. 492/2011 . . . . .	229
2. Freizügigkeitsrichtlinie 2004/38/EG . . . . .	230

B. Wohnsitzabhängige finanzielle Einheimischenprivilegierungen .....	231
I. Kommunalebene .....	231
1. Einheimischentarife .....	232
a) Einheimischenabschlag .....	232
aa) Passive Dienstleistungsfreiheit .....	232
(1) Schutzbereichseröffnung für Einheimischenabschläge .....	232
(a) Einbeziehung von öffentlichen Dienstleistungen in den Schutz-	
bereich .....	232
(b) Geschützter Personenkreis .....	233
(2) Wohnsitzerfordernis als Beeinträchtigung .....	234
(3) Rechtfertigung aus zwingenden Erfordernissen des Allgemeininter-	
esses .....	235
(a) Kommunale Selbstverwaltung .....	236
(b) Kohärenz des kommunalen Finanzsystems .....	238
(aa) Die Kohärenz als allgemeiner Rechtfertigungsgedanke im	
Unionsrecht .....	239
(bb) Der Lastenausgleich als Bestandteil der Kohärenz .....	240
(cc) Einheimischenabschläge zum Schutz der Kohärenz des	
kommunalen Finanzsystems .....	240
(c) Verhältnismäßigkeit .....	242
(4) Ergebnis .....	243
bb) Freizügigkeitsrechtliches Inländergleichbehandlungsgebot .....	243
cc) Gleichbehandlung nach Maßgabe der Verordnung Nr. 492/2011 .....	244
dd) Beihilferecht .....	245
ee) Ergebnis .....	248
b) Auswärtigenzuschlag .....	248
2. Kurabgaben .....	249
3. Einheimischenmodelle .....	249
a) Unionsrechtliche Grundfreiheiten .....	249
aa) Eröffnung des Schutzbereichs .....	249
bb) Beeinträchtigungsformen .....	250
cc) Rechtfertigung .....	251
(1) Sicherung von Wohnraum für finanzschwache Einwohner .....	251
(2) Erhaltung einer dauerhaft ansässigen Bevölkerung .....	252
(3) Verhältnismäßigkeit .....	252
(a) Erforderlichkeit von Zusatzkriterien .....	253
(b) Angemessenheit im Unionsrecht .....	254
dd) Ergebnis .....	254
b) Beihilferecht .....	254
4. Ergebnis .....	255

II. Landesebene .....	255
1. Wohnsitzabhängige Studiengebühren .....	255
a) Passive Dienstleistungsfreiheit .....	255
b) Freizügigkeitsrechtliches Inländergleichbehandlungsgebot .....	256
aa) Kein Schutz durch die Freizügigkeitsrichtlinie 2004/38/EG .....	256
bb) Rechtfertigung am Maßstab des Inländergleichbehandlungsgebots .....	257
(1) Vermeidung einer übermäßigen Finanzierungsbelastung .....	257
(2) Erhöhung des Ausbildungsniveaus der ansässigen Bevölkerung .....	258
(3) Ergebnis .....	259
c) Ausnahmen nach Maßgabe der Verordnung Nr. 492/2011 .....	259
2. Ergebnis .....	262
III. Bundesebene .....	262
1. Zulassungsortabhängige Autobahnbenutzungsgebühr .....	262
a) Kein Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot des Art. 110 AEUV .....	262
b) Unionsrechtlicher Schutz des Individualverkehrs .....	263
aa) Die Beeinträchtigung der unionsrechtlichen Freiheiten durch zulassungsortabhängige Autobahnbenutzungsgebühren .....	263
bb) Rechtfertigung zum Schutz der Kohärenz der Autobahnfinanzierung ..	264
cc) Verhältnismäßigkeit .....	266
c) Vereinbarkeit mit der Stillhalteverpflichtung des Art. 92 AEUV .....	267
2. Ergebnis .....	269
C. Staatsangehörigkeitsabhängige Einheimischenprivilegierungen .....	269
I. Freiwillige Sozialleistungen und Studiengebühren im Anwendungsbereich des Unionsrechts .....	270
II. Das Gegenseitigkeitsprinzip als Rechtfertigungsgrund für offene Diskriminierungen .....	270
III. Rechtfertigung von staatsangehörigkeitsunabhängigen Mindestaufenthaltszeiten .....	271
1. Freiwillige Sozialleistungen .....	271
2. Studiengebühren .....	272
a) Erhöhung des Ausbildungsniveaus der ansässigen Bevölkerung .....	273
b) Vermeidung einer übermäßigen Finanzierungsbelastung .....	274
D. Ergebnis .....	275

*5. Kapitel*

**Zusammenfassung**

277

A. Die Rechtfertigungsmaßstäbe von finanziellen Einheimischenprivilegierungen .....	277
I. Verfassungsrecht .....	277
II. Unionsrecht .....	278

B. Die Rechtfertigungsfähigkeit von finanziellen Einheimischenprivilegierungen . . . . .	278
I. Die Rechtfertigung von wohnsitzabhängigen finanziellen Einheimischenprivilegierungen . . . . .	279
1. Finanzielle Rechtfertigungsgründe . . . . .	279
2. Standortbezogene Rechtfertigungsgründe . . . . .	279
II. Die Rechtfertigung von staatsangehörigkeitsabhängigen finanziellen Einheimischenprivilegierungen . . . . .	280
III. Ausnahmen von der Rechtfertigungsfähigkeit . . . . .	280
C. Die verfassungs- und unionsrechtliche Rechtfertigung von finanziellen Einheimischenprivilegierungen auf den unterschiedlichen Ebenen . . . . .	281
I. Kommunalebene . . . . .	281
II. Landesebene . . . . .	281
III. Bundesebene . . . . .	282
D. Die verfassungs- und unionsrechtliche Rechtfertigung von staatsangehörigkeitsabhängigen Einheimischenprivilegierungen . . . . .	283
I. Kommunalebene . . . . .	283
II. Landesebene . . . . .	283
III. Bundesebene . . . . .	284
E. Fazit und Ausblick . . . . .	284
<b>Literaturverzeichnis . . . . .</b>	<b>286</b>
<b>Sachverzeichnis . . . . .</b>	<b>309</b>